

mokratischen Republik mit Freude, wenn er sieht, wie unsere eigenen großen Anstrengungen im Kampf für die Erhaltung und Sicherung des Friedens und für den Aufbau des Sozialismus in den letzten Monaten von wachsenden Kampffaktionen der westdeutschen Gewerkschafter gegen die atomare Aufrüstungspolitik der Adenauer-Regierung begleitet sind. Heute vergeht kein Tag, der nicht neue Meldungen aus Westdeutschland über die Durchführung machtvoller Kundgebungen und Kampfdemonstrationen bringt. Die in den letzten Jahren auch von einigen Gewerkschaftsführern verbreitete Meinung, die westdeutschen Arbeiter seien nicht zum Kampf bereit, ist vom Tisch gefegt worden. Mehr noch: Die große Kampfkraft der westdeutschen Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder hat dazu geführt, daß auch die Führung der westdeutschen Gewerkschaften nicht mehr schweigen konnte.

Dem Willen der westdeutschen Arbeiter und Gewerkschafter nach Frieden, Sicherheit und Beseitigung der Atomkriegsgefahr nachgebend, hat der Bundesvorstand des DGB am 28. März dieses Jahres auf seiner Sitzung in Hamburg einen Beschluß angenommen, in dem gesagt wird, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund den Kampf gegen den Atomtod nachdrücklich unterstützt. In diesem Beschluß wurde vorgeschlagen, einheitliche Protestdemonstrationen gegen die atomare Aufrüstung Westdeutschlands im ganzen Lande durchzuführen. Der Bundesvorstand des DGB erklärte, daß er die Durchführung einer Volksbefragung gegen die atomare Bewaffnung Westdeutschlands für erforderlich hält; daß er sich mit allen Mitteln der atomaren Aufrüstung widersetzt, um von der westdeutschen Bevölkerung ein großes Unglück fernzuhalten. Ausdrücklich wurde formuliert, daß sich der Bundesvorstand des DGB „notfalls weitere Schritte vorbehält“.

Es war natürlich, daß die Arbeiterklasse in Westdeutschland diesen Beschluß begrüßte. Ebenso natürlich war aber, daß die Adenauer-Regierung nach Annahme dieses Beschlusses massive Angriffe gegen die westdeutschen Gewerkschaften vorbereitete, daß sie ihren Druck auf die Gewerkschaften verstärkte, mit der offen ausgesprochenen Absicht, die Durchführung der von den Gewerkschaften gefaßten Beschlüsse zu verhindern.

Der Vorsitzende der westdeutschen Industriegewerkschaft Nahrung, Genuß und Gaststätten, Hans Nätscher, bestätigt diese Tat-